

## Synagoge Gudensberg

### Synagogen-Gebäude:

# Ohne Zusagen kein Ankauf

Gudensberg (ula). Grundsätzlich sind die Gudensberger Stadtverordneten bereit, ihr Scherflein zur Erhaltung des Synagogengebäudes in der Hintergasse beizutragen und den mit dem jetzigen Eigentümer vereinbarten Preis zu zahlen. Allerdings muß vorher geklärt sein, wer die Finanzierung der Sanierung übernimmt und welche Nutzungskonzepte für das Gebäude in Frage kommen. Dazu sei, so übereinstimmend alle vier Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Grünen, die Gründung eines Trägervereins notwendig.

Zur Vorbereitung der weiteren Aktivitäten im Hinblick auf die Erhaltung der ehemaligen Synagoge wird eine Kommission gebildet mit dem Bürgermeister an der Spitze, Vertretern des Magistrats und des Parlaments sowie sachkundigen Bürgern. Sind diese Bedingungen erfüllt, soll die endgültige Entscheidung über den Ankauf getroffen werden.

Auf diese Formel, vom Magistrat vorgelegt, einigten sich die Stadtverordneten mehrheitlich und beschlossen sie bei drei Gegenstimmen. Rolf Jahn (SPD), Bernd Siebert (CDU) und Heiner

Pohlmann (FDP) betonten übereinstimmend, daß ein Kauf des Gebäudes ohne vorherige Klärung der weiteren Finanzierung und Nutzung nicht in Frage komme.

Was es bei der Podiumsdiskussion im November zur Zukunft des Gebäudes an Versprechen von Landtagsabgeordneten oder Landrat gegeben habe, sei halt nicht mehr als eine vage Zusage: bewilligt worden sei bislang kein einziger Pfennig. Ganz leicht könne die Stadt daher in die Lage kommen, mit der weiteren Finanzierung allein gelassen zu werden, wenn sie die Eigentümerin des Synagogengebäudes sei.

Auch die Grünen (Sprecherin: Ute Stöhr) stimmten dem Grundsatzbeschluß samt Bedingungen zu, doch müsse aus den Ankündigungen auch Realität werden. Mehr Verbindlichkeit wünsche man sich, um die Erhaltung des Gebäudes auch tatsächlich sicherzustellen. Auch bei mangelnden Finanzierungszusagen von Land und Kreis könne sich die Stadt nicht mehr aus der Verantwortung

stehlen.

Kritik übten die Fraktionssprecher an frühzeitigen Veröffentlichungen von Beschlußvorlagen zur Synagoge: Emotionen würden dadurch geweckt, zu dem fühle sich das Parlament zum reinen Zustimmungsgremium herabgewürdigt. Der Appell des Gudensberger Arbeitskreises Synagoge, doch sofort den Kauf als ersten Schritt zur Erhaltung zu beschließen, werteten sie als Versuch, Druck auszuüben, gar als Notigung.

Bürgermeister Paul Dinges sicherte zu, die Minimallosung zur Abdichtung des Daches sei für wenige tausend Mark zu haben und werde auch realisiert. Der Beschluß des Parlamentes setze den Magistrat in die Lage zu handeln, nach außen in Aktion zu treten. Finanzierungsträger würden gestellt, vor der Bewilligungszusagen müsse die Stadt dann Eigentümerin sein. Katharina Thiersch vom Arbeitskreis Denkmalpflege habe jedoch bereits betont, daß 1990 kein Pfennig aus ihren Mitteln in das Gudensberger Synagogengebäude bereitstehe.

Fritzlar-Homberger Allgemeine 18.12.90

## Mahn- und Gedenkstätte Grafeneck in Planung

Reutlinger General-Anzeiger 21.9.89

# Zuschüsse für Gedenkstätte

Münsingen und Gomadingen geben je 5 000 Mark für Grafeneck

Münsingen/Gomadingen. (vg) Mit jeweils 5 000 Mark aus ihren Gemeindegeldern fördern die Stadt Münsingen und die Gemeinde Gomadingen den Bau einer Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie auf Grafeneck. Das beschlossen jetzt die Gemeinderäte der beiden Kommunen ohne Diskussion und Gegenstimmen. Damit schließen sich Münsingen und Gomadingen dem Kreistag an, der das Projekt mit 40 000 Mark fördert. Bauträger ist die Samariterstiftung, in deren Einrichtung auf Grafeneck 110 mehrfach behinderte Männer betreut, gepflegt und gefördert werden.

ter Mogg (SPD) mit 105 000 Mark an den Kosten des Projekts; die Württembergische Landeskirche gibt weitere 60 000 Mark. Presse, Rundfunk und Fernsehen haben ausführlich über den Verlauf des internationalen Aufbau-lagers berichtet; jüngst interessierte sich eine deutschsprachige Zeitung in den USA für das Thema.

Im November nächsten Jahres wird die Kapelle fertiggestellt sein. In unmittelbarer Nähe zum Friedhof von Grafeneck entsteht eine von leichten Stahlträgern gehaltene fünfeckige

Dachkonstruktion, die an das fünfte Gebot («Du sollst nicht töten») erinnert. In der Mauer an der Rückwand der offenen Kapelle symbolisiert ein Riß das Geschehen auf Grafeneck: wo 1940 das »Euthanasie-Programm« der Nazis begann und über 10 000 behinderte Männer, Frauen und Kinder aus dem süddeutschen Raum als sogenanntes »unwertes Leben« vergast und verbrannt wurden. Die Kapelle entwarf der Nürtinger Architekt Professor Weinbrenner. Zur Einweihung am Buß- und Bettag wird Landesbischof Theo Sorg kommen.

Mit dem Bau der Gedenkstätte wurde im Rahmen eines internationalen Aufbau-lagers begonnen. 25 junge Erwachsene aus den USA, Palästina, Ungarn und Württemberg bauten in zwei Wochen die Trockenmauern; die auf die als offene Kapelle geplante Gedenkstätte hinführen. Mit Unterstützung örtlicher Bauunternehmen haben die jungen Leute den ersten Bauabschnitt abgeschlossen. Der Wert der Mauern wird auf rund 40 000 Mark geschätzt. Das Aufbaulager wurde vom »Arbeitskreis Euthanasie« im Evangelischen Jugendwerk organisiert.

Der Bau der Gedenkstätte auf Grafeneck findet breite Unterstützung und Aufmerksamkeit. So beteiligen sich das Land Baden-Württemberg auf Initiative der beiden Landtagsabgeordneten Paul Stefan Mauz (CDU) und Wal-

